

A. Tom Grunfeld

Kulturelle Sicherheit ethnischer Minderheiten: Tibet und Québec*

Einleitung

Alle herrschenden Eliten streben nach gesellschaftlicher Stabilität und sind darauf aus, dass ihre Minderheiten (seien sie ethnisch, religiös, kulturell, sprachlich usw.) sich als gleichberechtigte Akteure im Nationalstaat empfinden. Während dies prinzipiell für jedes heterogene Land der Welt zutrifft, gilt dies ganz besonders für China, wo sich die herrschenden Eliten vor allem aufgrund von Erfahrungen aus der Geschichte übermäßig vor Chaos und der Teilung des Landes fürchten. Davon zeugen die Überreaktionen gegen die geringste Kritik an der Regierung. Tibet wurde 1950 in die Volksrepublik China (VR China) eingegliedert, und in den vergangenen 65 Jahren hat die Zentralregierung darum gerungen, wie sie die Ziele der Stabilität und der Integration am besten erreichen kann.

Außerhalb von China treten tibetische Exilanten und ihre Unterstützer im Idealfall für die Unabhängigkeit Tibets ein, mindestens aber für eine „signifikante Autonomie“. Und ohne Zweifel würden diese beiden Optionen eine beträchtliche Unterstützung finden, wenn eine Umfrage unter Tibetern in China möglich wäre. Doch während diese erhofften Ziele derzeit wohl unerreichbar sind, dürften die Tibeter selbst eher weltliche Probleme als wichtig empfinden, die ihren Lebensalltag betreffen: Sorgen um Arbeit, Schulbildung, medizinische Versorgung, Unterkunft etc. All dies betrifft sie viel unmittelbarer als das hehre Ziel der Unabhängigkeit.

Dazu gibt es noch ein anderes, in meinen Augen viel drängenderes konkretes Problem – die Angst vor einem Niedergang oder im schlimmsten Fall einer Auslöschung ihrer religiösen, kulturellen und sogar ihrer nationalen Identität. Um politische Stabilität zu erreichen, muss staatliches Handeln kulturelle Unterschiede berücksichtigen. Damit Minderheiten sich in einem Staat als Akteure anerkannt fühlen, müssen sie sich erstens sicher sein, dass ihre einzigartigen (kulturellen) Eigenschaften nicht geschwächt oder ausgelöscht werden, und zweitens müssen sie sich politisch und wirtschaftlich der Mehrheit ebenbürtig fühlen, indem ihnen gleichberechtigt Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt und/oder anderen Gemeinschaftseinrichtungen gewährt wird.

Die Macht hierzu liegt ausnahmslos beim Staat, so dass er es ist, der entscheidet, wie auf Dissens reagiert wird. Er legt die Aushandlungsbedingungen fest und in einer geschlossenen Gesellschaft auch die Ausprägung des öffentlichen Diskurses. Während in einigen Fällen ethnische Gruppen in relativer Harmonie mit ihren Nachbarn aus der Mehrheitsgesellschaft leben, gibt es weit mehr Beispiele für politisches Handeln von Regierungen, denen es nicht gelungen ist, solche wünschenswerten Bedingungen zu erfüllen, und die oft ungewollt die Differenzen zwischen den verschiedenen Gruppen

* Der Beitrag einschließlich der im Original englischen Zitate wurde von Fabian Jacobs und Andreas Gruschke aus dem Englischen übersetzt.

noch hervorgehoben und intensiviert haben. Zum Beispiel führt die Förderung nur einer Sprache, Religion, einer Kultur etc. unweigerlich zur Abwertung der anderen. Die erfolgreichsten politischen Maßnahmen sind diejenigen, die die Anliegen der Minderheiten schützen: Anliegen – und das ist entscheidend –, wie sie die Minderheiten selbst und nicht der Staat oder die Mehrheitsgruppe definieren.

In den 1980er-Jahren hatten die chinesische Kommunistische Partei unter Hu Yaobang und die Zentralregierung unter Premier Zhao Ziyang verstanden, dass die Tibeter (wie auch alle anderen ethnischen Minderheiten), um sich als teilhabende Akteure in der VR China zu fühlen, überzeugt sein müssten, dass ihre jeweilige Kultur intakt bleiben und nicht bedroht würde. Diese Politik endete Anfang der 1990er-Jahre.

Seitdem bestand die Politik der Zentralregierung darin, die Loyalität der Tibeter durch eine wesentliche Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu gewinnen. Zu diesem Zweck flossen mehrere zehn Milliarden Yuan in die Region, die rein physisch völlig umgeformt wurde. Das materielle Leben der Mehrheit der Tibeter hat sich verbessert, und es hat sich eine aufstrebende tibetische Mittelklasse gebildet. Und doch stehen die Loyalität der Tibeter wie auch die Stabilität noch in Frage. Im Gegenteil nehmen die Spannungen zwischen Tibetern und ethnischen Chinesen (Han) – und damit die Instabilität – bis heute tatsächlich zu.

Die Politik, die Loyalität der Tibeter über materielle Mittel zu gewinnen, ist eindeutig gescheitert, was insbesondere seit 2008 zu einer Zunahme ihrer Diskriminierung und Unterdrückung führte (GRUNFELD 2014). Vor nicht allzu langer Zeit gelobte der rechtsextreme Verteidigungsminister von Israel, Avigdor Lieberman, hart gegen diejenigen vorzugehen, die den Staat Israel angreifen, und versprach Palästinensern, die sich nicht an solchen Aktivitäten beteiligen, Infrastrukturverbesserungen und wirtschaftliche Chancen. Diese Zuckerbrot-und-Peitsche-Maßnahmen basieren auf der gleichen Prämisse wie die Politik in China: dass der Nationalismus der Minderheit durch wirtschaftliche und materielle Wohltaten überwunden werden könnte. Dies dürfte in Israel genauso scheitern wie es bisher überall gescheitert ist (KERSHNER 2016).

Geschichtlicher Hintergrund

Historisch gesehen haben, abgesehen von Unruhe-Zeiten, herrschende Eliten auf der ganzen Welt den Bedürfnissen ethnischer oder anderer Minderheiten nur wenig Aufmerksamkeit gewidmet, da es ihnen ausreichend erschien, sie in guten Zeiten auszu-beuten und in Zeiten des Konflikts militärisch zu vernichten oder gewaltsam zu assim-lieren. Regierungen, die für gewöhnlich die Interessen der Mehrheit vertreten, haben inzwischen ihre Haltung verändert und bemühen sich heutzutage bis auf wenige Aus-nahmen, unter den verschiedenen von ihnen regierten ethnischen Gruppen, ein Klima der friedlichen Koexistenz zu schaffen. Als der ehemalige sowjetische Präsident Mi-chail Gorbatschow nur drei Jahre vor dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion be-merkte, dass der ethnische Nationalismus das „grundlegendste Problem (für das Über-leben) unserer Gesellschaft“ (SANCTON 1988: 32) sei, bezog er sich nur auf sein eigenes Land, hätte damit aber für die meisten Staaten sprechen können.

Wenn nicht angemessen mit ihnen umgegangen wird, können ethnische Feindse-ligkeiten in offene Konflikte münden, wie u. a. Beispiele in Ruanda, im Irak, in der Türkei, in Indonesien, in Jugoslawien und in Sri Lanka gezeigt haben. Diese Konflikte lösen sich manchmal durch den Zerfall eines größeren Staates in kleinere ethnische

Staaten wie in den Fällen der Sowjetunion und Jugoslawien, und manchmal durch die Geburt von Proto-Nationen wie Kurdistan und Palästina.

Aber wie soll Vertrauen aufgebaut werden, wie geht man angemessen mit ethnischen Spannungen um und wie kann man sie eventuell sogar abbauen? „Das Wesen der nationalen Frage“, meinte Stalin, „besteht in der Notwendigkeit, die (wirtschaftliche, politische und kulturelle) Rückständigkeit einiger Nationalitäten zu beseitigen, die sie von der Vergangenheit geerbt haben, um den rückständigen Völkern damit die Möglichkeit zu geben, um zu Zentralrussland (in staatlicher, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht) aufzuholen.“ (SLEZKINE 1994: 416) Genau das ist die Politik, die die chinesische Regierung in den vergangenen zwei Jahrzehnten verfolgt hat:¹ der Glaube daran, dass die Verbesserung des materiellen Lebens der Minderheiten dem ethnischen Nationalismus und der kulturellen Identität entgegenwirken würde.

Die Volksrepublik China

Seit der Gründung der VR China im Jahre 1949 hat sich deren Politik gegenüber ethnischen Minderheiten immer wieder erheblich verändert. Ursprünglich verfolgte die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) eine Politik, die die Unterschiede zwischen den verschiedenen Nationalitäten respektierte und in den 1930er-Jahren sogar noch die Möglichkeit der Sezession versprach (GRUNFELD 1985). Während der Kulturrevolution (KR) wurden Minderheiten jedoch als „kulturell minderwertig“ angesehen. Ihre kulturellen und religiösen Praktiken wurden unter Beschuss genommen; viele Minderheitensprachen wurden verboten, während andere, wie Mongolisch, Tibetisch, Uigurisch, Kasachisch und Koreanisch, stark eingeschränkt wurden. Zu vielen Zehntausenden wurden Minderheitenangehörige verfolgt und getötet.

Die repressivste Phase der Politik endete 1971, diverse Restriktionen wurden in späteren Jahren weiter gelockert. Seit den 1980er-Jahren haben alle chinesischen Staatsbürger unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft erhebliche Verbesserungen in ihrem materiellen Leben sowie weit mehr persönliche Freiheiten erfahren. Natürlich hatten diese Reformen auch Schattenseiten wie etwa Korruption, beträchtliche Einkommensunterschiede und Inflation sowie einen verstärkten Wettbewerb um Arbeitsplätze in den Heimatregionen der Minderheiten bei der Zuweisung von Ressourcen und Eigentumsrechten, Probleme bei Sprachrechten und der Deutung historischer Narrative, Zuwanderung von Han-Chinesen usw. Aber bevor sich eine Politik als wirksam erweisen kann, muss die Zentralregierung vertrauensbildende Maßnahmen umsetzen, wenn sie die Loyalität ihrer Minderheiten gewinnen will.

Bis heute scheint es, dass viele ethnische Minderheiten der Zentralregierung weiterhin misstrauen, obwohl es ihnen materiell besser geht, und ethnische Spannungen bestehen fort, was m. E. weitestgehend an politischen Maßnahmen liegt, die die Ängste der Minderheiten verstärken. Die politische Förderung der Han-Zuwanderung in Minderheitenregionen, die zunehmende politische und wirtschaftliche Ungleichheit zwischen den Han und ethnischen Minderheiten sowie immer weiter reichende kulturelle

¹ Diese Vorstellung ist weit verbreitet. Vor kurzem erst hat der Präsident des rumänischen Senats die „ethnischen Obsessionen“ der ungarischen Minderheit in seinem Land verspottet und auf „ökonomische Stärkung“ gedrängt (SZILAK 2011: 5).

Beschränkungen haben die Entfremdung verschärft, die seit den dunklen Tagen der Kulturrevolution ohnehin nie vollständig überwunden wurde.

Der Kern der Klagen, die Tibeter gegenüber der Zentralregierung erheben, sind Ängste in Bezug auf ihre Kultur, Sprache und Religion oder wie es der ehemalige Chefunterhändler des Dalai Lama mit Peking formulierte: „Der Kern unserer Forderungen ist der Schutz unserer Identität.“ (KĘDZIERSKA 2007)² Kulturelle Identität wurde 2003 von der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) (als ein wesentliches Anliegen) anerkannt, als sie das Übereinkommen zur Erhaltung Immateriellen Kulturerbes ins Leben rief, das bislang von 163 Ländern einschließlich Chinas unterzeichnet wurde (UNESCO 2003). Der Dalai Lama ist sich der Bedeutung von Kultur bewusst und hat daher mehrere Organisationen und politische Maßnahmen initiiert, um die tibetische Kultur im Exil zu bewahren. Dazu gehören Schulen, Klöster, auch für Nonnen, das Tibetische Institut für Darstellende Künste, die Tibetische Bibliothek für Werke und Archive, das Tibetische Medizinische und Astrologische Institut usw. (MOUNTCASTLE 2010).

Es verwundert nicht, dass die größten Befürchtungen der chinesischen Behörden Instabilität und Machtverlust sind, teilen sie diese Sorge doch mit fast jedem Vielvölkerstaat. Doch während viele Staaten die Notwendigkeit kultureller Sicherheit anerkennen, sieht die chinesische Führung Schwierigkeiten in Bezug auf ethnische Minderheiten, vor allem seit den frühen 1990er-Jahren, als rein ökonomisches Problem an – ganz gemäß Stalins Auffassung in der alten Sowjetunion. Dass diese Politik in der UdSSR versagte, scheinen chinesische Behördenvertreter (im Gegensatz zu einigen Akademikern) einerseits nicht zugeben zu können, während sich andererseits die Konsequenzen tief in ihr Gedächtnis eingebrannt haben. „In der UdSSR waren die Verhältnisse stabil, bis sie zerbrach, und dann wurden 15 Republiken unabhängig [...]“, schrieb die chinesische Tageszeitung „Renmin Ribao“ davor warnend, „die so genannte Tibet-Autonomie würde nur Konflikte zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen auslösen.“ („Renmin Ribao“, 26.04.2007) Mir ist keine offizielle chinesische Quelle bekannt, die anerkennt, dass der Zerfall der UdSSR etwas mit der Unfähigkeit zu tun hatte, Nicht-Slawen das Gefühl zu vermitteln, loyale Bürger des sowjetischen Staates zu sein.

Seit mehr als einem halben Jahrhundert dreht sich die Debatte in den politischen Kreisen Chinas darum, ob die besonderen Charakteristika der ethnischen Minderheiten berücksichtigt werden sollen (indem man ihnen etwa eine beträchtliche kulturelle Entfaltungsmöglichkeiten gewährt) oder ob bei ihnen die gleichen politischen Maßnahmen und Standards umzusetzen sind wie bei der Bevölkerungsmehrheit der Han. Die Befürworter des ersten Ansatzes waren in den 1950er- und 1980er-Jahren an der Macht, die Befürworter der zweiten Strategie in den 1960er- und 1970er-Jahren und wieder seit den frühen 1990er-Jahren.

Chinesische Offizielle unter den Vertretern der zweiten Strategie glauben, dass die Politik der Vorgänger unmittelbar zu Unruhen führte und daher den Staat gefährdete. Sie sind überzeugt, dass Mao Zedongs Politik der schrittweisen Veränderung in Tibet in den 1950er-Jahren 1959 zur Lhasa-Revolte führte. So verhielte es sich auch mit ähnlichen politischen Maßnahmen des KPCh-Vorsitzenden Hu Yaobang, der die Wiederbelebung und den Schutz der tibetischen Kultur forderte und damit ihrer Meinung nach

² Ein Slogan aus der tunesischen Revolte während des Arabischen Frühlings war: „Würde vor dem Brot“ („dignity before bread“), vgl. FRIEDMAN 2011.

die Demonstrationen in Tibet in den späten 1980er-Jahren zu verantworten hatte (GOLDSTEIN 2004: 207). Beim Betrachten dieser Debatte konstatierte ein westlicher Wissenschaftler ein „scheinbar unlösbares politisches Dilemma: Sich anpassende Politik kann zu secessionistischen Forderungen führen, aber auf Assimilation abzielende Unterdrückung führt mit allergrößter Wahrscheinlichkeit zu gewalttätigen Gegenreaktionen und womöglich offenen Rebellionen“ (BROWN/GANGULY 1997: 25).

Heute wird in China Politik von Personen gestaltet, die wenig Sympathien für die kulturellen Bedürfnisse der Minderheiten haben, dafür aber fest davon überzeugt sind, dass die wirtschaftliche Entwicklung die Minderheiten unweigerlich irgendwann erkennen lassen wird, dass es ihnen besser geht, wenn sie loyale Bürger der VR China werden. So der ehemalige chinesische Präsident und KPCh-Generalsekretär Hu Jintao: „Der Nachdruck sollte auf die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Landwirte und Hirten gelegt werden, Entwicklung ist die Basis und der Schlüssel zur Bewältigung aller Probleme in Tibet.“ (HU JINTAO 2005, Hervorhebung durch den Autor) Entsprechend legte auch sein Nachfolger Xi Jinping tibetischen Behördenvertretern nahe, dass der Schwerpunkt ihrer Arbeit die wirtschaftliche Entwicklung Tibets sein müsse (CHINA DAILY 2011).

Im Gegensatz zur Auffassung der chinesischen Amtsträger ist es jedoch m. E. genau diese Politik – der Infrastrukturaufbau, der den Han-Chinesen mehr als den Tibetern zugutekommt, die Zuwanderung von Han, die Militarisierung der Region und die Einschränkungen im Bereich der tibetischen Kultur – die kulturelle Ängste schafft, ethnische Spannungen hervorbringt, den ethnischen Nationalismus fördert und damit all jene Vorteile zunichte macht, die durch die materiellen Fortschritte im Alltagsleben der Tibeter erreicht worden sind („Würde vor Brot“). Tatsächlich also vermindert der Prozess der ökonomischen Modernisierung die ethnischen Spaltungen nicht, sondern im Gegenteil: Er verschärft sie und erhöht das Konfliktpotenzial.

Für die Unruhen in China hat die chinesische Regierung aber auch Einflüsse aus dem Ausland verantwortlich gemacht. Zwar gibt es keinen Zweifel daran, dass der Widerstand gegen die chinesische Regierung von Menschen im Ausland unterstützt wird, doch gibt es weder Belege von unabhängiger Seite noch irgendwelche von Peking vorgelegten Beweise, die aus Peking vorgelegt wurden, die untermauern könnten, dass diese Ermunterungen als Auslöser maßgeblich gewesen wären.

Letztendlich kann der Erfolg jeder Politik nur danach beurteilt werden, wie wirkungsvoll sie bei der Erreichung ihrer Ziele ist. Die VR China hat enorme Geldsummen in Minderheitsgebiete gepumpt, vor allem nach Tibet. Von 1951 bis 1958 stellte die Zentralregierung 90 % des Staatshaushaltes des Autonomen Gebiets Tibet bereit. Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts belief sich die staatliche Entwicklungshilfe auf 45,4 Milliarden US-Dollar. Während des inzwischen vollendeten Fünfjahrplans (2011–2015) investierte China rund 21,38 Milliarden US-Dollar, um 226 Großprojekte zu finanzieren. Und die Ergebnisse dieser Investitionen sind unübersehbar: Die Lebenserwartung stieg von durchschnittlich 35,5 Jahren auf 67 Jahre und die Kindersterblichkeit sank von 43 % auf 3,1 % (WOMACK 2007: 449, WANG 2007 sowie STONE FISH 2010). Darüber hinaus stieg, wie bereits erwähnt, auch der Lebensstandard vor allem in den städtischen Gebieten Tibets. Doch während es den ethnischen Minderheiten materiell sehr viel besser geht, bleiben die meisten Minderheitenregionen seit fast 70 Jahren die ärmsten in China, und das Schlimmste ist, dass die Schere weiter auseinandergeht.

So lag zum Beispiel die Alphabetisierungsrate 2005 in China auf nationaler Ebene offiziell bei 88,96 %, in Tibet jedoch nur bei 55,16 %. In Qinghai sind 60 % der tibeti-

schen Frauen Analphabeten. Laut der chinesischen Volkszählung von 2010 liegt die tibetische Analphabetenrate (39,90 %) fast beim Zehnfachen des nationalen Durchschnitts (4,08 %). In tibetischen Gebieten besitzen Tibeter nur 20 % der Unternehmen, während den meisten von ihnen der Zugang zu Arbeitsplätzen wie beispielsweise im Baugewerbe versperrt ist (WANG 2007: 149).³ Dazu ein nahestehender Beobachter:

Es gibt heute im Wesentlichen drei Faktoren, die die nationale und kulturelle Identität von Minderheiten untergraben. Zum Einen behindern die Amtsträger der unteren Ebene oft sogar die Umsetzung der zentral festgelegten Politik [...]. Das sind nicht nur Han, sondern auch Behördenvertreter der Minderheiten. Ein zweiter Faktor ist der Han-Chauvinismus (*hanzuzhuyi*), der in der Verachtung und der Diskriminierung der Gewohnheiten, Sitten und Gebräuche der Minderheiten Ausdruck findet. Aber der schwerwiegendste Faktor, der die Bürokratie von den Zentralbehörden bis hin zur lokalen Ebene unterhöhlt, ist die mangelnde Sensibilität bei der Suche nach Wegen, die Modernisierung und Entwicklung einerseits mit der Achtung der Bräuche und der kulturellen Identität der ethnischen Gruppen andererseits zu verknüpfen. (HEBERER 1989: 128 f.)

Dies trifft nicht nur auf Tibet oder Xinjiang zu, auch in der Inneren Mongolei brachen 2011 Proteste aus. „Wir fühlen uns wie von den Han ertränkt“, kommentierte ein mongolischer Student an der Hohhot Nationality University die Situation, „die Regierung spricht immer von ethnischer Harmonie, aber warum fühlen wir uns so unterdrückt?“ (JACOBS 2011).

Während Zuwanderung wohl das wichtigste Reizthema darstellt, werden kulturelle Anliegen am emotionalsten verhandelt, vor allem hinsichtlich der Religion. „Wenn die Behörden mit der gegenwärtigen Politik der Einmischung in religiöse Angelegenheiten fortfahren, geht die Religion ihrer Philosophien und Systeme verlustig“, bemerkt der chinesische Autor Wang Lixiong, „dann könnte leicht Aberglauben unter den Menschen angefacht und pervertiert werden, was zu Extremismus und gesellschaftlicher Instabilität führt“ (SOHU 2007a).

Zwei anschauliche Beispiele für das Scheitern der chinesischen Politik, Tibetern die Furcht vor Einmischung in ihre Religion zu nehmen, bietet die Flucht von zwei prominenten Lamas: Arija Lobsang Thubten aus dem Kumbum-Kloster in Qinghai im Jahr 1998 und der Karmapa Lama aus dem Kloster Tshurpu in der Nähe von Lhasa im Jahr 2000. Beide hatten eng mit den chinesischen Behörden zusammengearbeitet und galten Peking gegenüber als loyal, aber beide empfanden die religiösen Einschränkungen letztlich als zu drückend (GOLDSTEIN 2004: 212).⁴

Ein weiteres markantes Beispiel für die Einmischung in religiöse Angelegenheiten ist die „Durchführungsverordnung zur Reinkarnation von tibetischen inkarnierten Lamas (Tulkus)“. Diese Verordnung (kein Gesetz) wurde am 13. Juli 2007 vom Staatlichen Büro für Religiöse Angelegenheiten verabschiedet.⁵ Darin wird gefordert, dass

³ Vgl. auch 2000 Population Census of the People's Republic of China (Beijing: China Statistics Press 2002), Table 2–3, sowie Illiteracy rate in China in 2014, by region, in: Statista. The Statistical Portal. Internet: <https://www.statista.com/statistics/278568/illiteracy-rate-in-china-by-region/>, [01.03.2017].

⁴ Siehe auch RINPOCHE (2010).

⁵ Vgl. SOHU 2007b. Englische Übersetzung siehe INTERNATIONAL CAMPAIGN FOR TIBET (2007).

„Managementmaßnahmen zur (Bestimmung der) Reinkarnation tibetischer inkarnierter Lamas“ von Regierungsbehörden getroffen werden, anstatt diese Fragen religiösen Amtsträgern zu überlassen. Entsprechend gab die Zentralregierung vor nicht allzu langer Zeit bekannt, dass sie den nächsten Dalai Lama auswählen werde, womit erneut die Kompetenzen tibetischer religiöser Würdenträger eingeschränkt würden. Peking hatte auch den aktuellen Panchen Lama ausgewählt, ein Kleriker, der dadurch für das tibetische Volk weitgehend inakzeptabel ist – wie dies auch für jeden von Peking ausgewählten Dalai Lama der Fall wäre (ASIANEWS, 04.08.2015). Darüber hinaus wird dies die Spannungen zwischen Han und Tibetern weiter verschärfen.

Wahrscheinlich jedoch gibt es kein anschaulicheres Beispiel für das Scheitern der Tibet-Politik Pekings als den anhaltenden Einfluss des Dalai Lama noch 58 Jahre nach seinem Gang ins Exil. Angesichts seiner Fähigkeit, die Tibeter auf seine Anliegen einzuschwören, machen der permanente Trommelschlag der Angriffe auf ihn in den chinesischen Medien und das anhaltende behördliche Verbot seines Fotos deutlich, dass die jahrzehntelangen Versuche der Dämonisierung seiner Person versagt haben. Tatsächlich ist er mit der zunehmenden Han-Politikverdrossenheit als Symbol des Widerstandes immer populärer geworden. Die chinesischen Behörden haben niemals ganz verstanden, wie wesentlich der Dalai Lama für die tibetische Kultur ist. Mehr noch haben Pekings Politik und die Maßnahmen in Tibet auch hier wieder die gegenteilige Wirkung von dem, was beabsichtigt war: Je mehr sie ihn verunglimpfen und je mehr die Tibeter gegen ihren erklärten Willen gezwungen werden ihn zu verurteilen, desto populärer und wirkmächtiger wird er. Darüber hinaus macht es diese Dämonisierung für Peking schwieriger, sich irgendwann in der Zukunft mit ihm auszusöhnen.

Die chinesische Regierung neigt dazu, alle Widerstände und Kritik als „Separatismus“ zu brandmarken, was mit Freiheitsstrafen und sogar mit dem Tod bestraft werden kann. Eine solche unverhältnismäßige Reaktion der Behörden erscheint womöglich opportun, um in einigen Fällen die Ordnung wiederherzustellen und einige, vor allem die Han, zu beschwichtigen; sie bringt jedoch gerade die Menschen weiter gegen die Regierung auf, die sie für sich einzunehmen versucht (BOVINGDON 2002: 66). Die Entscheidung der Regierung, alle politisch motivierten Handlungen als kriminelle Handlungen zu betrachten, ist Teil dieser Entfremdung und resultiert aus der Unfähigkeit, Missstände durch Reformen und institutionellen Wandel adäquat anzugehen. Die Demonstrationen der späten 1980er-Jahre in Tibet hatten nichts mit irgendwelchen spezifischen Ereignissen zu tun, sondern sie sind vielmehr Ergebnis einer angestauten Wut, die sich seit der Kulturrevolution niemals vollständig aufgelöst hatte – Wut auf die zunehmende Zahl von Han- und Hui-Zuwanderern (Hui – chinesische Muslime) in städtischen Gebieten und auf die Regierungspolitik, die die Tibeter als gegen ihre Interessen gerichtet empfinden. Damals wie jetzt sind die größten Probleme nicht ökonomischer oder politischer, sondern kultureller Natur.

Auch die Kontrolle über das Bildungssystem war bei alledem nicht hilfreich. Seit 1994 wurden sogenannte patriotische (Erziehungs-)Kampagnen in das Bildungssystem integriert, die darauf ausgelegt sind, Tibeter zu loyalen Bürgern der VR China zu machen. Ein Forscher bemerkte: „Zwischen 1996 und 2000 wurden im Autonomen Gebiet Tibet (AGT) 1000 Klassenräume für die moralische Erziehung und 100 neue Zentren der moralischen Erziehung errichtet [...]. Das Maß an Kontrolle über die Kultur der Nationalitäten und die Religionen steht in direktem Zusammenhang mit dem Grad der wahrgenommenen Bedrohung.“ (BASS 2005: 436, 446)

Wenn chinesische Offizielle die wachsende unterschwellige Unruhe schon nicht wahrhaben wollten, mussten sie doch den Ausbruch von Unruhen in weiten Teilen der

tibetischen Gebiete im März 2008 und in Xinjiang im Juli 2009 beachten. In den letzten Jahren haben Tibeter mit Selbstverbrennungen begonnen (fast 150 bis heute), um gegen einige Aspekte der chinesischen Herrschaft zu protestieren und die Rückkehr des Dalai Lama zu fordern.

Die Diskriminierung von Tibetern und Uiguren in Xinjiang kann letztlich nur zum Wachstum dessen führen, was China „lokalen Nationalismus“ nennt. Ethnische Minderheiten achten immer mehr darauf, wie sie ihre einzigartige Kultur und Identität noch ausdrücken können: Sie wenden sich verstärkt der Religion zu, betonen das Sprechen ihrer Muttersprache und vermeiden Interaktionen mit Han-Chinesen. Ein Beispiel hierfür ist das immer häufiger wahrzunehmende Phänomen, dass sich Tibeter die Verwendung von chinesischen Wörtern verbitten, wenn sie zusammenkommen, selbst wenn sie die Sprache fließend beherrschen. Wenn dann jemand versehentlich solch ein Wort benutzt, zahlen sie einen kleinen Beitrag an die Runde, der zur Bezahlung der konsumierten Speisen oder Getränke verwendet wird.⁶

Jahre nach den Unruhen von 2008/2009 sind beide Regionen zu bewaffneten Lagern geworden – mit Polizei und paramilitärischen Einheiten in den Straßen und Überwachungskameras überall. Tibeter werden in ihren Reisetätigkeiten eingeschränkt, selbst innerhalb der AGT. Die geringste Kritik daran kann zu langen Gefängnisstrafen führen. Diese Maßnahmen sind eindeutige Hinweise darauf, dass die Regierung Chinas ihren eigenen Bürgern nicht traut. Das Gefühl beruht bei den Tibetern auf Gegenseitigkeit, und ebenso bei den Minderheiten in Xinjiang. Es herrscht ein Klima der Angst und Einschüchterung, das wohl kaum geeignet ist, ihnen das Gefühl zu vermitteln, wahrhaft Bürger der Volksrepublik China zu sein.

Das Beispiel Québec

Keine zwei historischen oder zeitgenössischen Gegebenheiten gleichen sich aufs Haar. Dennoch können aus ähnlichen Konstellationen Lehren gezogen werden, und ich denke, die kanadische Provinz Québec, in der 79,7 % der Bevölkerung Französisch Sprechende (STATISTICS CANADA 2015) und überwiegend Katholiken sind, bietet ein solches Lehrbeispiel. Seit dem Sieg der britischen Streitkräfte über die Franzosen vor der Stadt Québec im Jahre 1759 wurden die französischen Bewohner in einem englischsprachigen Kanada als zweitklassige Bürger behandelt. Sie lebten unter Bedingungen umfassender politischer und institutioneller Marginalisierung und in der Angst, kulturell erstickt zu werden – dem vergleichbar, was Tibeter in der VR China erleben.

Die Marginalisierung der Frankophonen in Kanada begann insbesondere nach der Revolution in den USA, vor der viele Loyalisten aus ideologischen Gründen geflohen waren, was 1791 auch zur Gründung der Provinzen Niederkanada (Québec) und Oberkanada (Ontario) führte. Die Diskriminierung der Frankophonen trat in den 1830er-Jahren zutage, als die nationale Bewegung der Patrioten (frz.: *Parti patriote*) in Niederkanada forderte, dass die Regierung sich gegenüber dem Parlament zu verantworten hätte⁷ und Frankophone den Anglophonen, die in vielen politischen, sozialen und wirt-

⁶ Dies wurde mir von mehreren Tibetern berichtet und wird auch bei DEMICK (2015) erwähnt.

⁷ Der Gouverneur der Provinz war nicht der Versammlung, sondern nur dem König gegenüber verantwortlich.

schaftlichen Belangen privilegiert waren, generell gleichgestellt werden sollten. Als Folge der Ablehnung dieser Forderungen durch die britische Regierung erhoben sich die Patrioten in der Region um die Stadt Montréal. Nachdem ihr Aufstand von der britischen Armee blutig niedergeschlagen wurde,⁸ entsandte London einen neuen Gouverneur. In seinem Bericht empfahl 1839 Lord Durham die endgültige Assimilation der Frankokanadier, eines „geschichtslosen und kulturlosen Volkes“, und dafür die Fusion von Nieder- und Oberkanada (Québec und Ontario) sowie die britische Einwanderung zu beschleunigen. Die Verschmelzung beider Provinzen erfolgte 1840, sodass die Frankophonen in dieser Riesenprovinz nun zur Minderheit wurden. Zudem wurde Französisch im Parlament verboten, und zwar bis London 1848 endlich eine der Provinzversammlung verantwortliche Regierung und damit die Wiedereinführung des Französischen zugestand.

Im Kontext des US-amerikanischen Bürgerkriegs und der damit einhergehenden Ängste vor einer Annektierung kamen in den 1860er-Jahren Diskussionen auf, die zwei Jahrzehnte zuvor vergrößerte Provinz Kanada mit Neubraunschweig und Nova Scotia zu vereinigen. Diese Union wurde 1864 in der Stadt Québec beschlossen und 1867 umgesetzt. Die Föderation mit Neubraunschweig und Nova Scotia schuf das „Dominion Kanada“, die Grundlage des modernen Kanada. Dabei wurde die zuvor fusionierte Provinz Kanada wieder in zwei neue Provinzen – Québec und Ontario – aufgliedert. Damit verbesserte sich die Lage der Frankophonen in der Provinz erheblich, die Diskriminierung gegenüber den Anglophonen, die weiterhin eine unverhältnismäßig große Macht ausübten und die Wirtschaft der Provinz fast komplett kontrollierten, konnte damit jedoch nicht vollständig überwunden werden. Es ist hier wichtig zu betonen, dass die Zugeständnisse an die in Québec konzentrierten Frankophonen nur im Rahmen ungünstiger Kraftverhältnisse möglich waren, die eine Assimilation erschwerten. Dafür war die Minderheit einfach zu groß. Die bereits seit 1776 herrschende Angst vor einer Annexion durch die USA spielte dabei eine wichtige Rolle. Dass auch später noch der Wille zur vorsätzlichen Assimilation der Frankophonen fortbestand, beweist der Umstand, dass bis Anfang des 20. Jahrhunderts alle Provinzen (einschließlich der neu hinzugekommenen Provinzen Britisch-Columbia, Manitoba, Saskatchewan, Alberta und Prince Edward Island) eine nach der anderen die französische Sprache in Schulen und Behörden verboten (LECLERC 2017).

Die Lage der Frankophonen in Québec änderte sich erst in den 1960er-Jahren mit der sogenannten Stillen Revolution, als eine Gruppe frankokanadischer Intellektueller begann, sich mit politischen Mitteln für die Förderung und den Schutz ihrer Kultur einzusetzen. Es ging darum, sicherzustellen, dass die französischsprachige Mehrheit ihre Wirtschaft selbst kontrolliert und die Frankophonen ihren Rückstand im Bildungsbereich aufholen, um so eine neue Elite bilden und die Provinz aus der Bevormundung durch das englischsprachige Kanada befreien zu können. Mit dem Slogan „Herren im eigenen Haus“ (*Maîtres chez nous*) wurden die Stromversorgung nationalisiert, ein Bildungsministerium und ein flächendeckendes Universitätsnetzwerk sowie ein institutioneller Investor für die Verwaltung der Rentenkasse (*Caisse de dépôt et de placement du Québec*) geschaffen. 1968 ging diese Bewegung unter der Führung von René Lévesque in eine politische Partei namens *Parti Québécois* (PQ) über. Zeitgleich gab es einzelne Aktivisten, die auf Gewalt zurückgriffen und eine terroristische Gruppierung namens

⁸ Mitten im Winter wurden mehrere Dörfer niedergebrannt.

Front de Libération du Québec (FLQ) schufen. Diese blieb jedoch eine kurzlebige Angelegenheit.

Im Jahr 1976 wurde die PQ in die Regierung der Provinz gewählt. Das bedeutendste von ihr erwirkte Gesetz war die Charta der französischen Sprache (Bill 101), die die sprachliche Vorrangstellung des Französischen in Québec garantierte. Alle Beschreibungen, alle Regierungsaktivitäten, alle Geschäftsvorgänge sollten demnach in erster Linie in französischer Sprache abgefasst sein; sprachliche Minderheiten konnten allerdings verlangen, geschäftliche Angelegenheiten in ihren eigenen Sprachen zu erledigen. Sie förderten außerdem die frankokanadische Kultur und unterstützten den Aufstieg von Franko-Kanadiern in Wirtschaft und Regierung. Einwandererkinder müssen seither französischsprachige öffentliche Schulen besuchen, es sei denn, sie entscheiden sich für Privatschulen.

Ein weiterer Stützpfiler der Plattform der PQ war das Versprechen, ein Referendum über die Unabhängigkeit Québecks durchzuführen. Es kam zu zwei solchen Abstimmungen – in den Jahren 1980 und 1995. Das erste Referendum wurde mit einem Ergebnis von 60 % abgelehnt, während das zweite mit 50,6 % sehr viel knapper scheiterte – mit einem Abstand von nur 52 000 Stimmen. Fast 94 % der Wählerschaft hatten sich beteiligt. Viele Bewohner Québecks hatten die Unabhängigkeit als einen Weg betrachtet, den Fortbestand der frankokanadischen Kultur zu garantieren.

Trotz der Entscheidung gegen die Unabhängigkeit hatten die Ereignisse zur Vorrangstellung der französisch geprägten Kultur in Québec geführt. Der Schutz und die Förderung der französischen Sprache bleiben für die Identität von Québec von zentraler Bedeutung, da die Missstände, die zum Aufstieg des Separatismus geführt hatten, angegangen worden waren. Ein Beobachter bemerkte

[die] Entstehung einer genuinen, einheimischen französischsprachigen Business-Elite mit immer größerer sozioökonomischer Schlagkraft. Für künstlerische, literarische und wissenschaftliche Manifestationen ihrer unverwechselbaren Kultur haben die Bewohner Québecks internationalen Beifall innerhalb und außerhalb der frankophonen Welt erhalten. Offensichtlich haben die Québecer eine lebendige Kultur entwickelt und konsolidiert, die in den Rahmenbedingungen der Moderne fest verankert ist. (SALÉE 1994)

Laut dem ehemaligen Kabinettschef des liberalen Premierministers von Québec Robert Bourassa, John Parisella, der sich 1995 aktiv beim Referendum gegen die Unabhängigkeit eingesetzt hatte, war das möglich, weil

Québec in weiten Teilen seine Gesundheitsversorgung, die Bildung, Wirtschaft, Einwanderung, seine Arbeitskräfteausbildung, die Kultur, die Energieversorgung und Umweltfragen selbst kontrolliert. Die kanadische Verfassung gibt der Regierung von Québec das vollständige Eigentumsrecht über seine reichlich vorhandenen natürlichen Ressourcen. Sprachgesetze haben viel dazu beigetragen, die französische Sprache zu stärken und sicherzustellen, dass sich neu angekommene Immigranten in die Mehrheit der französischsprachigen Gesellschaft integrieren. (PARISELLA 2014)⁹

Diese Art Politik hat die Angst vor der Assimilation in ein überwältigend englischsprachiges Nordamerika gemindert. Durch die Unterstützung und Förderung der franko-

⁹ Siehe auch HOWE (1998).

kanadischen Kultur haben die Québécois ihren sozialen Status erhöht und ein gehöriges Maß an kultureller Sicherheit erlangt – der Prozess dauert jedoch noch an. Darüber hinaus hat sich die neu etablierte französischsprachige Geschäftswelt für soziale Stabilität ausgesprochen. Diese Ereignisse haben dazu beigetragen, dass die Unterstützung der Bewegung für die Unabhängigkeit von Quebec schwächer geworden ist (ROCHER 2002). Bezeichnenderweise hat die PQ während ihrer letzten Regierungszeit in Québec (2012–2014) kein weiteres Referendum für die Unabhängigkeit mehr angesetzt, wohl wissend, dass die Mehrheit der Québécois dies zu diesem Zeitpunkt nicht unterstützen würde.

So ziehen wir aus diesem Beispiel eine wichtige Lehre zur Wirkmacht von kultureller Sicherheit. Es ist sicher schwer zu sagen, wie sich eine ähnliche auf kulturelle Sicherheit abzielende Politik und eine lokale Regierung, die Entscheidungsgewalt über einige Aspekte des Lebens der Menschen hat, auf die Tibeter und deren Beziehungen zu den Han auswirken würde. Dennoch darf wohl angenommen werden, dass es einen sehr langen Prozess in Gang setzen würde, der Spannungen abbaut und das notwendige Vertrauen zwischen ihnen schafft, um die Lage im Land weiter zu verbessern. Es würde den Tibetern und der chinesischen Regierung daher zugutekommen, sich am Beispiel von Quebec zu orientieren.

Literatur

- ASIANEWS 2015: China's Communist Party will pick the 'next Dalai Lama, period!', in: AsiaNews.it (04.08.2015.). Internet: <http://www.asianews.it/news-en/China%E2%80%99s-Communist-Party-will-pick-the-%E2%80%9Cnext-Dalai-Lama,-period!%E2%80%9D-34948.html>, [01.03.2017].
- BASS, Catriona 2005: Learning to love the motherland: educating Tibetans in China, in: *Journal of Moral Education* (December) 34/4, S. 433–449.
- BOVINGDON, Gardner 2002: The Not-So-Silent Majority. Uyghur Resistance to Han Rule in Xinjiang, in: *Modern China* 28/1, S. 39–78.
- BROWN, Michael E.; GANGULY, Šumit 1997: Introduction, in: BROWN, Michael E.; GANGULY, Šumit (Hgg.), *Government Policies and Ethnic Relations in Asia and the Pacific*. Cambridge-London: M. I. T. Press, S. 1–30.
- CHINA DAILY 2011: Xi Stressed Tibet Development and Stability, in: *China Daily* (21.07.2011).
- DEMICK, Barbara 2015: Immolations Are Just One Sign of Tension Over Communist Rule, in: *Los Angeles Times* (23.08.2015).
- FRIEDMAN, Thomas L. 2011: Advice for China, in: *New York Times* (04.06.2011).
- GOLDSTEIN, Melvyn C. 2004: Tibet and China in the Twentieth Century, in: ROSSABI, Morris (Hg.), *Governing China's Multiethnic Frontiers*. Seattle-London: University of Washington Press, S. 186–239.
- GRUNFELD, A. Tom 1985: In Search of Equality. Relations Between China's Ethnic Minorities and the Majority Han, in: *Bulletin of Concerned Asian Scholars* 17/1, S. 54–67.
- GRUNFELD, A. Tom 2014: A Harmonious Society. National Policies and Ethnic Relations, in: HAO, Zhidong; CHEN, Sheying (Hgg.), *Social Issues in China. Gender, Ethnicity, Labor and the Environment*. Springer: New York-London-Heidelberg.
- HEBERER, Thomas 1989: *China and Its National Minorities. Autonomy or Assimilation?* Armonk-New York-London: M. E. Sharpe Inc. S. 128–129.

- HOWE, Paul 1998: Rationality and Sovereignty Support in Quebec, in: *Canadian Journal of Political Science* 31/1, S. 31–59.
- HU Jintao 2005: Hu Jintao zai zhongyang minzu gongzuo huiyishang de jianghua, [Hu Jintao's opening speech to the ethnic affairs work national conference], (27.05.2005). Internet: <http://www.seac.gov.cn/gjmw/index.htm>, [01.03.2017].
- INTERNATIONAL CAMPAIGN FOR TIBET (ICT) 2007: New measures on reincarnation reveal Party's objectives of political control, in: *ICT Report* (15.08.2007). Internet: <https://www.savetibet.org/new-measures-on-reincarnation-reveal-partys-objectives-of-political-control/>, [19.10.2017].
- JACOBS, Andrew 2011: Ethnic Protests in China Have Lengthy Roots, in: *New York Times* (10.06.2011).
- KĘDZIERSKA, Ewa 2007: All Tibetan people should be under one single administration: Lodi Gyari, in: *World Tibet News* (11.07.2007) [Interview für *Gazeta Wyborcza* (13.05.2007)]; Internet: <http://www.tibet.ca/en/newsroom/wtn>, [01.03.2017]; <http://www.phayul.com/news/article.aspx?id=17152&t=1>, [19.10.2017].
- KERSHNER, Isabel 2016: Tough Talk but Little Action From Lieberman as Israel's Defense Minister, in: *New York Times* (11.10.2016).
- LECLERC, Jacques 2017: Les minorités francophones au Canada et les lois antifrancophones. L'idéologie orangiste, in: *L'aménagement linguistique dans le monde. Chaire pour le développement de la recherche d'expression française en Amérique du Nord (CEFAN)*. Québec: Université Laval. Internet: http://www.axl.cefan.ulaval.ca/amnord/cnd_antifranco.htm, [04.09.2017].
- MOUNTCASTLE, Amy 2010: Safeguarding Intangible Cultural Heritage and the Inevitability of Loss. A Tibetan Example, in: *Studia ethnologica Croatica* 22, S. 339–359. Internet: hrcaj.srce.hr/file/93296, [19.10.2017].
- PARISELLA, John 2014: The Future of Québec Independence, in: *America's Quarterly* (29.04.2014). Internet: <http://www.americasquarterly.org/content/future-of-quebec-independence>.
- RINPOCHE, Arija 2010: *Surviving the Dragon. A Tibetan Lama's Account of 40 Years Under Chinese Rule*. New York: Rodale Inc.
- ROCHER, François 2002: The Evolving Parameters of Quebec Nationalism, in: *International Journal on Multicultural Societies* 4/1. Internet: https://criec.uqam.ca/upload/files/evolving_parameters.pdf, [01.03.2017].
- SALÉE, Daniel 1994: Identity Politics and Multiculturalism in Quebec, in: *Cultural Survival Quarterly Magazine*. Internet: <http://www.culturalsurvival.org/publications/cultural-survival-quarterly/canada/identity-politics-and-multiculturalism-quebec>, [01.03.2017].
- SANCTON, Thomas A. 1988: Soviet Union. The Armenian Challenge. Gorbachev tries to defuse ethnic clashes, in: *Time Magazine* (14.03.1988), S. 32.
- SLEZKINE, Yuri 1994: The USSR as a Communal Apartment, or How a Socialist State Promoted Ethnic Particularism, in: *Slavic Review* 53/2, S. 414–452.
- SOHU 2007a: Zangzhuan fojiao huofu zhuanshi guanli banfa 藏传佛教活佛转世管理办法 [Rules for the management of the reincarnation of Tibetan Buddhist incarnate lamas] *法制日报* (02.08.2007). Internet: <http://news.sohu.com/20070802/n251386214.shtml>, [01.03.2017].

- SOHU 2007b: Zangchuan fojiao huofu zhuan shi guan li ban fa (quan wen) 藏传佛教活佛转世管理办法 (全文) [Rules for the management of the reincarnation of Tibetan Buddhist incarnate lamas (full text)] (03.08.2007). Internet: http://www.china.com.cn/policy/txt/2007-08/03/content_8623414_2.htm, [01.03.2017].
- STATISTA 2014: Illiteracy rate in China in 2014, by region, in: Statista. The Statistical Portal. Internet: <https://www.statista.com/statistics/278568/illiteracy-rate-in-china-by-region/>, [19.10.2017].
- STATISTICS Canada (Hg.) 2015: French and the *francophonie* in Canada. Language, 2011 Census of Population. Internet: http://www12.statcan.gc.ca/census-recensement/2011/as-sa/98-314-x/98-314-x2011003_1-eng.pdf, [06.09.2017].
- STONE FISH, Isaac 2010: Charity Case. Whether they like it or not, China has been very good for Tibetans, in: Newsweek (17.02.2010).
- SZILAK, Judit 2011: Most Slovak-Hungarians Happy As They Are, in: The Budapest Post (24–30.06.2011), S. 5.
- TEXT of the Convention for the Safeguarding of the Intangible Cultural Heritage (17 October 2003). Internet: <http://www.unesco.org/culture/ich/en/convention>, [01.03.2017].
- WANG Tiezhi 2007: Preferential policies for ethnic minority students in China's college/university admission, in: Asian Ethnicity 8/2, S. 149–163.
- WOMACK, Brantly 2007: Resolving Asymmetric Stalemate. The Case of the Tibet Question, in: Journal of Contemporary China 16/52, S. 443–460.

Schlüsselwörter: China, Tibet, kulturelle Sicherheit, Stabilität, loyale Staatsbürger, Québec